

Medienmitteilung

Parteitag der CSP Obwalden vom 09.05.2016 zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 05.06.2016

Anlässlich des Parteitages vom 09.05.2016 haben die rund 30 anwesenden Mitglieder der CSP Obwalden im Restaurant Metzgern in Sarnen die folgenden Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 05.06.2016 gefasst:

Volksinitiative „Pro Service public“ (vorgestellt durch Bernhard Berchtold, Poststellenleiter): **NEIN.**
Obschon sich viele Mitglieder dezidiert gegen die hohen Löhne in den Führungsetagen der Bundesbetriebe aussprachen, gelangte die CSP grossmehrheitlich zur Auffassung, dass die Initiative letztlich nicht hält, was sie verspricht. Laut einem Grossteil der Mitglieder würde eine Annahme der Initiative den Service public nicht stärken, sondern tendenziell schwächen, zumal der unternehmerische Spielraum der betroffenen Unternehmen wie der Post oder der SBB übermässig eingeschränkt würde; dies hätte letztlich einen Leistungsabbau beim Bund zur Folge.

Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ (vorgestellt durch Sepp Stalder, Kantonsrat): **NEIN.**

Viele CSP-Mitglieder begrüsst an und für sich die Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung und Wertung der Arbeit – immerhin bestehen aufgrund der zunehmenden Technisierung der Arbeit erhebliche gesellschaftliche Herausforderungen. Demgegenüber vermag nach Ansicht einer Mehrheit der CSP ein Grundeinkommen das heutige System der sozialen Sicherheit nicht zu ersetzen. Auch sei die Finanzierung des Grundeinkommens nicht hinreichend geklärt und hätte wohl Einsparungen oder Steuererhöhungen zur Folge. Nach reger Diskussion sprach sich letztlich eine Mehrheit gegen die Initiative aus, wobei sich eine stattliche Anzahl der Mitglieder der Stimme enthielten.

Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (vorgestellt durch Harald Woermann, Verkehrsplaner): **NEIN.**

Nach einhelliger Auffassung aller Parteitagsteilnehmenden hätte die durch die Initiative geplante Umverteilung von jährlich CHF 1.5 Milliarden in den Strassenbereich höhere Steuern (oder ein einschneidendes Sparprogramm) sowie eine Schwächung des öffentlichen Verkehrs zur Folge. Ausserdem ist man sich einig, dass der Bund mit der Vorlage zur Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) bereits ein plausibles und vernünftiges Konzept unterbreitet hat, welches das Finanzierungsproblem fair und ausgewogen zu lösen vermag. Vor diesem Hintergrund gelangte die CSP Obwalden diskussionslos und einstimmig zum Ergebnis, die Initiative nicht zu unterstützen.

Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (vorgestellt durch Walter Wyrach, Kantonsrat): **NEIN.**

Viele der anwesenden Mitglieder beurteilten die Vorlage als zu weitgehend; sie beinhalte das Risiko uferloser Selektionen und bedürfe engerer Grenzen, um die Menschenwürde zu wahren und die Embryonen zu schützen. Nicht wenige Mitglieder äusserten sich demgegenüber dahingehend, dass eine zeitlich früher mögliche Untersuchung auf Erbkrankheiten betroffenen Paaren den schwierigen Entscheid, ob sie die Schwangerschaft abbrechen wollen oder nicht, erspare, weshalb die Vorlage zu unterstützen sei. Nach intensiver Diskussion gelangte die CSP Obwalden nach entsprechenden Anträgen mit knappen Mehrheiten zu den Entscheiden, keine Stimmfreigabe zu beschliessen und die Gesetzesänderung abzulehnen.

Änderung des Asylgesetzes (vorgestellt durch Karl Vogler, Nationalrat): **JA.**

Die Anwesenden vertraten unisono und oppositionslos die Auffassung, die Asylgesetz-Vorlage zu unterstützen. Rasche Asylverfahren seien die Voraussetzung für eine konsequente und faire Asylpolitik, bedürften aber gleichzeitig einen hinreichenden Rechtsschutz resp. von Anfang an die notwendige Beratung und Rechtsvertretung. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die CSP Obwalden einstimmig die Annahme der Gesetzesänderung.

Kerns, 09.05.2016
Christian Schäli
Co-Präsident CSP Obwalden